

Grüne fordern "Masterplan Energie"

Konzertierte Aktion der Stadt soll Preise stabilisieren, erneuerbare Quellen fördern und Arbeitsplätze schaffen - Vorbild ist die "Solarstadt" Freiburg

Ständig steigende Energiepreise, Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen oder Proteste gegen Biomasse-Heizkraftwerke: Die grüne Stadtratsfraktion sieht die Zeit für einen "Masterplan Energie" gekommen. In einem Antrag für die nächste Stadtratssitzung am 11. Mai fordern die Grünen die Verwaltung auf, den genauen Energiebedarf der Stadt zu bestimmen und Vorschläge für einen Energiemix zu angemessenen Preisen zu machen.

NEUWIED. Die Diskussion um das Biomasse-Kraftwerk auf dem Arnold-Georg-Gelände hat das Neuwieder Dilemma in Sachen Energieversorgung klar zu Tage treten lassen: Angesichts steigender Öl- und Gaspreise bleibt Versorgern wie den Stadtwerken eigentlich nur die Flucht in alternative Ressourcen, um den Energiemix zu verändern.

Allein, Neuwied kann aufgrund seiner Kessellage wohl keine weiteren Biomasse-Kraftwerke vertragen - suggeriert zumindest das Urteil des Koblenzer Oberverwaltungsgerichts (wir berichteten). Für das grüne Stadtratsmitglied Ralf Seemann ist dieses Dilemma lösbar. "Wir sagen Ja zur Biomasse, weil es ein Weg ist, alternative Energie zu erzeugen", sagt er unumwunden und ergänzt: "Es gibt Neuwieder, die auf die Heizung im Winter verzichten haben, weil sie sich die Preise nicht leisten konnten. Und wenn ich mir den Ölpreis anschau, wird der sich auf hohem Niveau stabilisieren. Deshalb müssen wir einen anderen Energiemix finden. Und dazu gehört die Biomasse. Allerdings müssen wir diese Kraftwerke schadstoffneutral einsetzen. Das heißt, die Schadstoffe müssen woanders wieder eingespart werden."

Schadstoffe managen

Schadstoffmanagement ist einer der Schlüsselbegriffe in dem "Masterplan Energie", den Seemann im Namen seiner Fraktion von der Stadtverwaltung einfordert. In einem Antrag für die nächste Ratssitzung am 11. Mai, verlangen die Grünen von der Verwaltung, einen Masterplan "Neue Energie und Arbeit" für die Jahre 2006 bis 2011 aufzustellen.

Ausgangspunkt einer solchen Agenda ist die Aktualisierung des so genannten Energieberichts, zu dessen Erstellung sich die Verwaltung schon vor Jahren verpflichtet habe. Darin sollte eine exakte Erhebung der Strom- und Wärmeenergieerzeugung sowie des Energieverbrauchs und -bedarfs in der Stadt Neuwied aufgeschlüsselt sein, fordern die Grünen. Überdies brauche die Deichstadt dringend einen Luftreinhalteplan und eine Analyse der Schadstoffimmissionen, um so ein effektives Management zu erreichen.

Doch die Grünen unterfüttern ihren Antrag auch mit Forderungen, wie der künftige Energiemix aussehen sollte. So müsse der Stromanteil aus erneuerbaren Energien bis 2011 verdoppelt werden. In zehn Jahren sollte Neuwied mehr als 25 Prozent seines Strombedarfs aus alternativen Quellen decken, um sich von den Konzernen und ihrer Preispolitik frei zu machen, wünscht sich Seemann.

Dazu gehört für die Grünen ein klares Plädoyer für die Biomasse und auch für weitere Kraftwerke in Neuwied. Aber: "Dabei muss gewährleistet sein, dass die Schadstoffgrenzwerte der Luft für alle gewerblichen Feuerungsanlagen eingehalten und transparent kontrolliert werden. Insgesamt darf die Vorbelastung im Neuwieder Becken nicht ansteigen."

Nahwärmenetze aufbauen

Dies könne zum Beispiel durch den Aufbau von Nahwärmenetzen geschehen. So sei es dringend erforderlich, "die vorhandenen Abwärmepotenziale von Industrie- und Gewerbebetrieben über ein solches Nahwärmenetz zu erschließen", um so auch zur Schadstoffreduzierung beizutragen, schlägt Seemann vor. Eine weitere Energiequelle mit großem Potenzial ist aus seiner Sicht die Solarenergie. Ungenutzte Reserven seien auch im Bereich der "oberflächennahen Geothermie" (Erdwärme) zu finden - Vorbild sei das GSG-Altenheim in der Rheinstraße. Möglich sei auch die Nutzung der Wasserkraft, etwa durch Errichtung eines Kleinkraftwerks am Oberbieberer Stausee. Und "Neuwied sollte sich die Möglichkeiten zur Errichtung von Windkraftanlagen weiter sichern".

Letztendlich geht es Seemann, neben der Stabilisierung des Energiepreises für die Verbraucher, darum, die CO2-Emissionen in öffentlichen und privaten Gebäuden in Neuwied bis 2011 um 20 Prozent zu senken. Dies könne jedoch nicht nur durch vermehrte Investitionen in alternative Energien, sondern vor allem durch Einsparungen beim Verbrauch gelingen. Deshalb verlangen die Grünen, dass der von der EU schon für Anfang 2006 bei allen Gebäuden verlangte Energiepass auch in Neuwied möglichst bald eingeführt wird. Zudem fordert die grüne Stadtratsfraktion ein "Klimaschutzprogramm" für alle städtischen Immobilien, ob Schulen und Kindergärten oder Gebäude der Gemeindlichen Siedlungsgesellschaft.

Zentrales Element bei der Energieeinsparung ist nach Ansicht der Grünen jedoch die Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle. Eine solche Energieagentur sollte die Bürger nicht nur über die verschiedenen Einsparmöglichkeiten informieren, sondern auch ein Bindeglied zu Banken und Sparkassen sein, um Kredite für solche Vorhaben zu erhalten.

Auf Dauer schaffe eine neue Energiepolitik auch Arbeitsplätze, sind die Grünen überzeugt. Wie ein "Positivimage" als innovative Stadt in Sachen Energie zu einem Standortvorteil werden könne, zeige das Beispiel der "Solarstadt" Freiburg.

Schaltstelle in Verwaltung

Was die Umsetzung des Masterplans angeht, müsse es jedoch auch eine Schaltstelle bei der Stadtverwaltung geben, was durch "Personalumsetzungen" kostenneutral umsetzbar sei, glaubt Seemann. Dass der von ihm vorgeschlagene Weg der richtige ist, davon ist der Grüne überzeugt: "Wir müssen den bisherigen Pfad verlassen. Denn der führt nur in Richtung immer höherer Preise. Wir müssen uns unabhängiger machen von Großkonzernen und uns andere Energiequellen erschließen." **Christian Kunst**

Rhein-Zeitung - Ausgabe Neuwied vom 03.05.2006, Seite 19.